

Stand: 27.06.2026 03:24:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5831

"Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5831 vom 18.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5856 vom 19.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass Deutschland schnell und umfassend verteidigungsfähig werden muss. Das betrifft neben der Bundeswehr vor allem auch zivile Strukturen, vor allem den Zivil- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz) und den Schutz der Kritischen Infrastruktur.

Mit Blick auf die Bundeswehr begrüßt der Landtag die Überlegungen auf Bundesebene, das Beschaffungswesen der Bundeswehr durch ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz zu verbessern. Eine konkrete Vorhaben- und Bestellliste zur Ausrüstung der Bundeswehr ist schnellstmöglich aufzustellen und mit der Beschaffung zu beginnen.

Der Landtag betont, dass dafür jetzt große finanzielle Anstrengungen notwendig sind, für die der Bund die notwendigen Handlungsspielräume für Bund, Länder und Kommunen schaffen muss.

Der Landtag sieht auch die Europäische Kommission gefordert, die angekündigte Mobilisierung von Mitteln – insbesondere durch die Aktivierung der nationalen Ausweisklausel, die Ausweitung der Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank sowie durch private Investitionen im Rahmen der Initiative „ReARM Europe“ – zügig umzusetzen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass bei den notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekten der Fokus auf deutsche und europäische Produkte gelegt werden muss, um die eigenen technologischen Kompetenzen zu stärken und Europas Unabhängigkeit zu sichern. Trotz der notwendigen schnellen Beschaffung dürfen dadurch

nicht neue Abhängigkeiten entstehen und gegebenenfalls bestehenden Abhängigkeiten ist entgegenzuwirken. Der Bund muss mit Blick auf die notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekte schnell Planungssicherheit schaffen, damit sich die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa darauf einstellen und bei entsprechender Planungssicherheit höhere Kapazitäten aufbauen kann. Zur Schaffung von Planungssicherheit gehört außerdem eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik, die Stärkung von Forschung und Innovation sowie eine verbesserte Verzahnung von Bundeswehr mit der Wissenschaft und Forschung.

In diesem Zusammenhang sieht der Landtag auch die Europäische Union gefordert, durch legislative Maßnahmen (Stichwort Taxonomie), aber auch durch Förderungen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa bei der (Weiter-)Entwicklung von Kompetenzen und dem Aufbau von Produktionskapazitäten zu unterstützen.

Mit Blick auf die ebenfalls notwendigen personellen Ressourcen für die Bundeswehr ist der Landtag der Ansicht, dass auf Bundesebene auch zeitnahe Entscheidungen über ein Wiederaufleben der Wehrpflicht und die Einführung eines Gesellschaftsjahres herbeigeführt werden müssen. Auch die Einbeziehung von Reservistinnen und Reservisten ist voranzutreiben.

Begründung:

Die geopolitische Lage ist angespannt wie selten zuvor. Gerade auch das Verhalten des amerikanischen Präsidenten innerhalb der letzten Wochen lässt Zweifel an der im NATO-Vertrag festgelegten und über Jahrzehnte gelebten Bündnistreue unseres transatlantischen Partners erkennen. In dieser neuen, völlig veränderten Lage muss sich Europa, muss sich Deutschland neu orientieren. Deutschland muss jetzt schnell seine Fähigkeiten zur Verteidigungsfähigkeit aufbauen. Dies gilt für die Landesverteidigung wie für die Bündnisverteidigung gleichermaßen. Die Zeiten der sog. Friedensdividende sind vorbei. Deutschland muss in Europa mit den Partnern entschlossen vorangehen. Denn nur mit einer gemeinsamen Position der Stärke und der glaubhaften Abschreckung kann dauerhaft Frieden in Europa gesichert werden. Das macht jetzt große Anstrengungen, aber vor allem auch ein planvolles, konzentriertes Vorgehen erforderlich. Eine effektive Verteidigungsfähigkeit verlangt dabei nicht nur gut ausgestattete und belastbare Streitkräfte, sondern auch resiliente, krisenfeste zivile Strukturen. Die auf Bundesebene in Aussicht genommene Stärkung der Gesamtverteidigung soll daher richtigerweise sowohl die äußere wie die Innere Sicherheit in den Blick nehmen und auch zivilen Strukturen und dem Bevölkerungsschutz, den Nachrichtendiensten sowie dem Schutz informationstechnischer Systeme dienen.

Bei der notwendigen Beschaffung ist darauf zu achten, dass zum einen die Kooperationsmöglichkeiten mit Systemen der NATO-Partner gegeben sind (Stichwort Nukleare Teilhabe), zum anderen aber auch keine neuen Abhängigkeiten und dadurch Risiken entstehen (Stichwort „Kill Switch“). Der Einsatz von Rüstungsgütern darf nicht von der Zustimmung Dritter (Regierungen, Lieferanten) abhängig sein. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, die vorhandenen Rüstungsgüter sofort und unmittelbar einzusetzen. Daher ist bei der Beschaffung notwendiger Ausrüstung vorrangig auf deutsche und europäische Lieferanten zu setzen, um eigenständig militärische Fähigkeiten aufzubauen. Dies ist kein Blankoscheck: Konkurrenzfähige Produkte und angemessene Kosten sind die Voraussetzung. Zugleich kann dieser Fokus neben eigener Resilienz auch Arbeitsplätze in Deutschland und Europa schaffen.

Wichtig ist dabei, dass alle politischen Ebenen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie durch klare Anforderungsdefinitionen, Planungssicherheit und Abbau von Hürden (z. B. im Rahmen der Taxonomie, Vorgaben bei den Industrie-Emissionen, bürokratische Vorgaben) gute Voraussetzungen schaffen, damit diese in der notwendigen Geschwindigkeit lieferfähig ist. Auch die Kreditvergabemöglichkeiten für Banken, insbesondere öffentlicher Landes- und Bundesbanken, müssen so gestaltet werden, dass Spielräume für Investitionen entstehen.

Mit dem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr leistet Bayern seinen Beitrag für eine starke Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Mit diesem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr macht Bayern den Weg frei, Forschungsergebnisse bayerischer Hochschulen auch für Zwecke der Bündnisverteidigung zu nutzen und militärische Bauvorhaben deutlich zu beschleunigen. Dies muss Schule machen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/5831

Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Der Landtag betont, dass Deutschland schnell und umfassend verteidigungsfähig werden muss. Das betrifft neben der Bundeswehr vor allem auch zivile Strukturen, vor allem den Zivil- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz) und den Schutz der Kritischen Infrastruktur.

Mit Blick auf die Bundeswehr begrüßt der Landtag die Überlegungen auf Bundesebene, das Beschaffungswesen der Bundeswehr durch ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz zu verbessern. Eine konkrete Vorhaben- und Bestellliste zur Ausrüstung der Bundeswehr ist schnellstmöglich aufzustellen und mit der Beschaffung zu beginnen.

Der Landtag betont, dass dafür jetzt große finanzielle Anstrengungen notwendig sind, für die der Bund die notwendigen Handlungsspielräume für Bund, Länder und Kommunen schaffen muss.

Der Landtag sieht auch die Europäische Kommission gefordert, die angekündigte Mobilisierung von Mitteln – insbesondere durch die Aktivierung der nationalen Ausweisklausel, die Ausweitung der Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank sowie

durch private Investitionen im Rahmen der Initiative „ReARM Europe“ – zügig umzusetzen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass bei den notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekten der Fokus auf deutsche und europäische Produkte gelegt werden muss, um die eigenen technologischen Kompetenzen zu stärken und Europas Unabhängigkeit zu sichern. Trotz der notwendigen schnellen Beschaffung dürfen dadurch nicht neue Abhängigkeiten entstehen und gegebenenfalls bestehenden Abhängigkeiten ist entgegenzuwirken. Der Bund muss mit Blick auf die notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekte schnell Planungssicherheit schaffen, damit sich die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa darauf einstellen und bei entsprechender Planungssicherheit höhere Kapazitäten aufbauen kann. Zur Schaffung von Planungssicherheit gehört außerdem eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik, die Stärkung von Forschung und Innovation sowie eine verbesserte Verzahnung von Bundeswehr mit der Wissenschaft und Forschung.

In diesem Zusammenhang sieht der Landtag auch die Europäische Union gefordert, durch legislative Maßnahmen (Stichwort Taxonomie), aber auch durch Förderungen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa bei der (Weiter-)Entwicklung von Kompetenzen und dem Aufbau von Produktionskapazitäten zu unterstützen.

Mit Blick auf die ebenfalls notwendigen personellen Ressourcen für die Bundeswehr ist der Landtag der Ansicht, dass auf Bundesebene auch zeitnahe Entscheidungen über ein Wiederaufleben der Wehrpflicht und die Einführung eines Gesellschaftsjahres herbeigeführt werden müssen. Auch die Einbeziehung von Reservistinnen und Reservisten ist voranzutreiben.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Johann Müller

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dieter Arnold

Abg. Franc Dierl

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Johannes Becher

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken (Drs. 19/5831)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschlands Verteidigung sicherstellen (Drs. 19/5839)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland muss den sicherheitspolitischen Hebel umlegen. Deutschland muss verteidigungsfähig werden. Deutschland braucht militärische Souveränität. Wir müssen für eine starke Wehrindustrie werben. Ja, wir müssen unsere Sicherheit stärken. Ja, wir müssen unsere Freiheit verteidigen können. Deshalb müssen wir in Deutschland aus unserem gesellschaftlichen, aber eben auch aus unserem sicherheitspolitischen Dornröschenschlaf aufwachen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Wer hat sich denn da schlafen gelegt?)

Der Deutsche Bundestag hat dazu in seiner gestrigen Sitzung ein deutliches und starkes Signal gesetzt, ein starkes Signal dank einer deutlichen Zustimmung. Ja, auch die GRÜNEN, weil Sie es gerade hereinrufen, sind hier erfreulicherweise mitgegangen.

Das kann man nicht von jeder Partei hier in diesem Hohen Haus behaupten. Aber ich sage auch einmal eines: Die GRÜNEN waren früher zu der Zeit regelmäßig bei den Ostermärschen mit dabei. Aber heute haben sie die Zeichen der Zeit erkannt, dass wir mehr für Verteidigung tun müssen. Das begrüße ich sehr.

Ich sage aber auch ganz klar: Was gestern geschehen ist, ist ein starkes Signal, das bei der NATO Anerkennung findet und unsere Feinde aufhorchen lässt, aber vor allem auch in der Bevölkerung und in unserer Gesellschaft eine breite Zustimmung erfährt und an der Börse positive Ausschläge bewirkt. Dieses kraftvolle Zeichen ist ein Befreiungsschlag, um der Zeitenwende einen entscheidenden Schub zu geben. Wir sagen ganz klar Ja zu einer Tatenwende bei der Verteidigungspolitik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Denn wir müssen unsere Bundeswehr fit machen für die Zukunft. Wir müssen die Bundeswehr modernisieren. Wir müssen die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen und über die Wehrpflicht reden, um unsere Gesellschaft resilienter zu machen, wozu auch der Zivil- und Katastrophenschutz gehört.

Wir müssen zudem wehrtechnische Abhängigkeiten, die wir haben, hinterfragen. Die wehrtechnische Industrie ist bei uns in Bayern daheim. Wir alle hier besuchen sie immer wieder. Wir müssen auf deutsche und europäische Lieferanten setzen, meine Damen und Herren. Wir müssen vor allem neue Abhängigkeiten vermeiden. Das muss vor allem europäisch koordiniert sein und werden. Die Stärkung des Pfeilers Europa in der NATO ist überfällig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen hier vor allem Tempo aufnehmen. Es dauert sehr lange, um die Bundeswehr auf ein hohes leistungsfähiges Niveau zu bringen. Da sind Zyklen von Jahrzehnten oft fast schon normale Zustände. Aber so viel Zeit haben wir einfach nicht mehr. Wir müssen deshalb eine Beschaffungsoffensive starten, die beschleunigt, flexibel und

vor allem effektiv ist. Wir brauchen Planbarkeit und Planungssicherheit für unsere wehrtechnische Industrie. Wir brauchen Dual-Use-Möglichkeiten und vor allem eine Taxonomie, die den Unternehmen nicht im Weg steht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Keine Taxonomie! Sehr gut!)

Wir brauchen Exportstrategie und eine Vereinfachung der Rüstungssysteme. Ich sage ganz klar: Wir brauchen mehr Tempo statt Lamento, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, ob es in unserer Gesellschaft insgesamt schon angekommen ist, dass wir in Europa drei Fronten gegenüberstehen. Zum einen ist es die Front im Osten mit Russland, das für die Instabilität des Kontinents Europa verantwortlich ist. Im Westen sind wir einem Trumpismus ausgesetzt, wo der Ton klar rauer wird, aber das Verhältnis selbstverständlich stabilisiert werden muss. Und wir sind im Inneren des Landes einer Spaltung ausgesetzt, die unseren Weg von links außen und von rechts außen torpediert:

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Einerseits die linke Blauäugigkeit, die immer noch Frieden schaffen will und der nichts Besseres einfällt, als unser bayerisches Bundeswehrgesetz zu beklagen, das bundesweit Anerkennung findet. Das ist doch absurd!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme auch zur rechten Seite: Die innere Spaltung wird vor allem auch von rechter Europafeindlichkeit befeuert, ja, von Ihnen rechts außen, die Sie die Narrative von den Kreml-Chefstrategen übernommen haben. Auch das spaltet unser Land. Da brauchen Sie gar nicht abzuwinken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Christoph Maier (AfD): Keiner möchte für Sie kämpfen!)

– Für Sie auch nicht, so wie Sie ausschauen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit. Von Deutschland wird eine führende Rolle in der EU und in der NATO erwartet. Die Zeiten der Friedensdividende sind leider vorbei. Europa muss eine gemeinsame Kraftanstrengung unternehmen. Nationale Egoismen müssen hinter der Priorität der Sicherheit zurücktreten. Europa muss an einem Strang ziehen. Das ist dringender denn je.

Wir von der CSU gehen deshalb gerne voran. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst hat Herr Kollege Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Fackler, Sie haben gerade ein sehr emotionales Plädoyer für die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit gehalten. Dem kann ich auch vollumfänglich zustimmen. Sie sind nur sehr kurz nebenbei auf unseren Antrag eingegangen. Deswegen lautet meine Frage: Wie stehen Sie zu unserer Forderung, mittelfristig das Zwei-Prozent-Ziel im Kernhaushalt zu verankern, also dazu, unsere Sicherheit nicht nur auf Pump zu finanzieren, sondern die notwendigen Verteidigungsausgaben nicht jetzt sofort, aber mittelfristig als Kernaufgabe des Bundeshaushaltes zu begreifen?

Wolfgang Fackler (CSU): Zunächst einmal begrüße ich, dass Sie das Thema anerkennen und jetzt aktiv und positiv begleiten. Das war nicht immer der Fall. Das müssen wir sehr klar sagen. Die Zeichen der Zeit haben Sie lange Zeit nicht erkannt. Das sollten wir nicht verkennen. Vor fünf Jahren war es beispielsweise noch ein Unding, über die Bundeswehr so zu reden, wie es jetzt der Fall ist. Damals waren Sie

auch schon im Dornröschenschlaf. Sie haben als Allererste dafür gesorgt, dass wir weiterhin schlafen. Das ist doch letztendlich der Punkt gewesen.

(Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wir hätten schon vor zehn Jahren anfangen müssen, aber Sie waren immer Gegner einer weiteren Auf- oder Umrüstung oder einer besseren Aufstellung der Verteidigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihr Antrag ist gut formuliert, aber leider in der Sache zu absolut. Das muss man ganz klar sagen. Wir nehmen eine Lockerung der Schuldenbremse vor. Das, was Sie hier schreiben, bedeutet, dass man es in den Kernaushalt hineinschreiben muss.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Fackler, Sie haben nur eine Minute für die Antwort.

Wolfgang Fackler (CSU): Das ist zu absolut! Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Johann Müller, AfD-Fraktion, das Wort.

Johann Müller (AfD): Herr Abgeordneter Fackler, Sie haben hier eine sehr flammende Rede gehalten. Sie war patriotisch, richtig ergreifend. Meine Frage an Sie lautet: Haben Sie sich schon für die Bundeswehr gemeldet?

(Zuruf von der CSU: Meine Güte!)

Wolfgang Fackler (CSU): Das freut mich. Es ist gut, dass wir das Thema angehen. Ihre Partei hat gestern nicht für das Verteidigungspaket gestimmt, was man klar sagen muss, weil Sie Russland-Versteher sind und gar nicht sehen, dass eine Bedrohung auf uns zukommt.

(Christoph Maier (AfD): Doch! Die Meinungsfreiheit ist bedroht!)

– Über die Meinungsfreiheit können Sie natürlich auch reden, das ist klar. Das erzählt Ihnen Trump, weil er will, dass die Exportfähigkeit Deutschlands geschwächt wird. Das will er doch! Er will uns den braunen Stempel, den Sie haben, aufdrücken, damit unsere Produkte weltweit nicht mehr verkauft werden.

(Lachen der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Das will Trump! Sie sind europafeindlich. Alles, was von Ihnen kommt, lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitslage in Europa hat sich geändert. Herr Kollege Fackler hat es gerade ausführlich beschrieben: Die Sicherheitsarchitektur, die wir in den letzten Jahrzehnten in Europa gehabt haben, mit der ich – jetzt Mitte dreißig – aufgewachsen bin und die ich seit meiner Geburt kenne, ist ins Wanken geraten. In Europa findet ein aggressiver Angriffskrieg vornehmlich gegen zivile Bevölkerung statt, in dem Menschen abgeschlachtet werden. In den USA haben wir Donald Trump, der nicht nur unberechenbar ist, sondern der offen die NATO und die transatlantischen Bündnisse infrage stellt.

Daher ist es richtig und wichtig, das Notwendige zu unternehmen und die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Ich kann die Diskussionen darüber verstehen, von wie viel Geld hier plötzlich gesprochen wird. Das ist natürlich erschreckend und viel, aber die Änderungen, die in der letzten Woche und vor allem gestern mit Blick auf die Grundgesetzänderung und die Reform der Schuldenbremse beschlossen wurden, waren notwendig. Wir als GRÜNE haben uns bei dieser Reform konstruktiv eingebracht und insbesondere versucht, maßgebliche Verbesserungen zu erwirken, um unsere Sicherheit gewährleisten zu können. Dabei ist es sehr wichtig, dass es

beim Thema Sicherheit nicht nur um die Aufrüstung, sondern um einen deutlich weiter gefassten Sicherheitsbegriff geht. Wir müssen unser Land gegen Cyberangriffe, Naturkatastrophen, Aggressoren und völkerrechtswidrige Angriffskriege starkmachen. Ich bin ein bisschen erstaunt, dass euer Antrag ein Plädoyer für diesen erweiterten Sicherheitsbegriff ist; denn es war die CSU, die bisher konsequent dagegen war.

Ich lasse noch einmal Revue passieren: Alexander Dobrindt hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag zum Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro gesagt, dieses Geld sei für die Bundeswehr und für nichts anderes – nicht für den Katastrophen- und Zivilschutz, nicht für die Nachrichtendienste und auch nicht für die Cyberabwehr. Das war ein Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss jetzt anders gemacht werden, und das wird jetzt anders gemacht, weil wir das in das neue Paket hineinverhandelt haben. Das ist in der letzten Woche im Entwurf noch nicht enthalten gewesen. Nur auf grüne Initiative ist dieser erweiterte Sicherheitsbegriff Teil der Grundgesetzänderung geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): So ist es!)

Wir dürfen unsere Sicherheit natürlich nicht nur auf Pump finanzieren. Aktuell ist es mit dem Blick auf den Haushalt und die Haushaltskonsolidierung notwendig gewesen, 1 % festzuschreiben. Aber – darauf sind Sie, lieber Herr Kollege Fackler, gerade nicht eingegangen – ist es das Ziel der CDU/CSU, unsere Sicherheit und Verteidigung in Zukunft dauerhaft über Schulden zu finanzieren? Wir haben im Moment 1,5 % im Haushalt. In der Grundgesetzänderung ist nur 1 % festgeschrieben. Soll das in Zukunft alles auf Pump und über Schulden gemacht werden, oder wollen wir die Verteidigung und Sicherheitspolitik tatsächlich als Kernaufgabe unseres Staates begreifen und entsprechende finanzielle Mittel im Haushalt zur Verfügung stellen? – Wir plädieren dafür und haben das in diesem Antrag klar fixiert. Ich fände es sehr schade, wenn Sie diesen Weg nicht beschreiten würden.

Zu guter Letzt brauchen wir Reformen für die Strukturen, die wir im Beschaffungswesen, im Bereich der Logistik und in dem Raum, der um den reinen Waffen- und Rüstungskauf besteht, haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa braucht eine leistungsfähige Rüstungsindustrie. Wir brauchen eine breit abgestimmte Beschaffungsstrategie, die über nationale Interessen hinausdenkt. Hier kommt Ursula von der Leyen eine große und wichtige Rolle zu, die mit dem "ReArm Europe"-Programm genau diese Bereiche angehen will. Wir GRÜNE stehen der nächsten Bundesregierung hier konstruktiv als Unterstützung zur Verfügung. Wir haben das in der letzten Woche gezeigt und werden das auch in Zukunft tun. Wir werden diese Reformen konstruktiv begleiten und entsprechend unterstützen und bitten hier auch um Ihre Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu hat Herr Abgeordneter Ralf Stadler, AfD-Fraktion, das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Herr Kollege Adjei, Sie haben gerade erzählt, wie viel wir aufrüsten müssten und welche Kriegsmaschinerie wir bräuchten. Mir stellt sich die Frage, wer das bedienen soll; denn die GRÜNEN waren am 23.12.2023 noch gegen die Wehrpflicht. Sind Sie immer noch gegen die Wehrpflicht?

Benjamin Adjei (GRÜNE): Am Ende brauchen wir eine vor allem personell gut ausgestattete Bundeswehr. Ich möchte, dass sich gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten um unsere Verteidigung kümmern. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine sehr gute Soldatenausbildung in Deutschland haben. Unsere Soldatinnen und Soldaten können jegliche Rüstungsbereiche nutzen, die wir in Deutschland haben. Daher stellt sich die Frage in dem Sinne nicht.

(Lachen bei der AfD)

Ich will nicht, dass am Ende unausgebildete Menschen für unsere Sicherheit sorgen, sondern dass unsere Bundeswehr das tut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dieter Arnold für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dieter Arnold (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Bürgerinnen und Bürger! Um nicht lange zu lamentieren, teile ich mit: Ich habe zwölf Jahre gedient. Dies nur zur Information. Ich muss mich nicht schämen oder mich hier vorne am Mikrofon verstellen und herumreden.

Der Antrag der CSU macht auf den ersten Blick einen guten Eindruck. Aber das ist nur der erste Eindruck. Es kommt mir so vor, als hätte die CSU ihre Liebe zur Bundeswehr plötzlich wiederentdeckt, zum Zivil- und Katastrophenschutz, und merkt jetzt endlich, dass Deutschland wieder verteidigungsfähig werden muss.

Doch lassen wir uns durch den Antrag nicht täuschen: Er ist keine echte Kehrtwende, sondern ein Ablenkungsmanöver, das über jahrzehntelanges politisches Versagen hinwegtäuschen soll.

Die CSU, die hier plötzlich von notwendiger Stärkung der Bundeswehr spricht, hat selbst jahrelang an der Demontage und Zersetzung unserer Streitkräfte mitgewirkt. Und jetzt soll mit einem Beschleunigungsgesetz alles besser werden? Worauf genau haben Sie eigentlich die letzten Jahrzehnte gewartet? – Auf Krieg in Europa? Wer dient plötzlich wieder als das große Feindbild oder als nicht verlässlicher Partner? Letztendlich dient Ihre Panikmache nur dazu, die Schuldenorgien zu rechtfertigen,

die Sie gestern mithilfe der SPD und der GRÜNEN auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder beschlossen haben.

Jahrzehntelang wurde die Bundeswehr systematisch ausgeblutet. Das geschah nicht nur unter AfD- – –,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So weit wird es noch kommen!)

SPD-geführten Regierungen. Auch die Union hatte jahrelang nicht nur zugesehen. Sie hat tatkräftig am Abbau mitgearbeitet.

(Beifall bei der AfD)

Es gab Kasernenschließungen und Standortaufgaben. Unzählige Bundeswehrstützpunkte wurden abgewickelt, ganze Regionen entmilitarisiert. Wo sollen plötzlich die Einheiten wieder stationiert werden? Die Kasernen sind nicht mehr da. Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, Kreiswehrrersatzämter abgeschafft. Doch ohne Verwaltungsstrukturen kann eine Wehrpflicht nicht funktionieren.

Es gab jahrzehntelange Mangelwirtschaft bei Munition und Ausrüstung. Während Milliarden für EU-Prestigeobjekte flossen, hatten unsere Soldaten kaum funktionierende Ausrüstung. Jetzt will die CSU plötzlich Planungssicherheit für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie schaffen. Warum hat man das nicht schon vor Jahren getan, als unsere Rüstungsbetriebe noch national konkurrenzfähig waren?

Kommen wir nun zu dem Punkt "zivile Strukturen und Kritische Infrastruktur". Ihr Antrag spricht von resilienten, krisenfesten zivilen Strukturen und dem Schutz Kritischer Infrastrukturen. Das klingt gut. Aber warum ist in der Realität eigentlich das Gegenteil der Fall? Wir wissen von Sicherheitslücken in der Energieversorgung, weil Umspannwerke ungeschützt sind, oder von Cyberangriffen auf Schaltzentralen, die ganze Versorgungsnetze aushebeln können. Die Grundversorgungen mit Strom oder Wasser für die Bevölkerung gelten in terroristischen Kreisen ebenfalls als sogenannte weiche Ziele, weil sie eben wenig oder gar nicht geschützt sind.

Ein besonders fragwürdiger Punkt Ihres CSU-Antrags ist die Forderung nach einer Ausweitung der EU-Finanzierung über "ReArm Europe" und die Europäische Investitionsbank. Warum soll Deutschland noch mehr Geld in europäische Verteidigungsprogramme pumpen, wenn unsere eigene Bundeswehr kaum einsatzfähig ist? Warum fließen Milliarden nach Brüssel, während deutsche Soldaten im Ernstfall mit veralteter Technik kämpfen müssten? Deutschland muss zuerst seine eigene Armee stärken, bevor es wieder Milliarden in europäische Großprojekte steckt.

Wir wollen eine echte Sicherheitspolitik und keine Scheinlösungen. Was Deutschland wirklich braucht, sind der Wiederaufbau von Kasernen und Wehrverwaltungsstrukturen, eine echte Verteidigungsstrategie für die Bundeswehr statt Milliarden für die EU, die Sicherung Kritischer Infrastrukturen, bevor es zum Blackout durch Sabotagen kommt, eine Wehrpflicht, die durchdacht ist, keinen Schnellschuss und keinen blinden Aktionismus.

Meine Damen und Herren, die CSU will sich als Retter der Bundeswehr aufspielen, nachdem sie selbst mitgeholfen hat, sie Stück für Stück abzubauen. In ihrem Antrag ist sehr vieles zu kurz gedacht und auch vieles unausgereift. Dennoch muss eine Landesverteidigung Deutschlands in der Zukunft gewährleistet werden. Deswegen enthalten wir uns bei diesem Antrag, unter Vorbehalt der erwähnten Kritikpunkte. Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir natürlich ab, weil wir keine Kriegspartei unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu hat der Kollege Franc Dierl von der CSU-Fraktion das Wort.

Franc Dierl (CSU): Herr Kollege Arnold, ich bin jetzt etwas irritiert von Ihrer Rede. Das war jetzt eine Rede voller Widersprüche. Zum einen beklagen Sie, dass wir für die nächste Generation quasi die Weichen falsch stellen. Zum anderen beklagen Sie aber, dass wir für Sicherheit sorgen müssen. Ihnen ist aber nicht entgangen, dass sich die

Bedrohungslage in diesem Land in den letzten dreißig Jahren fundamental geändert hat, dass wir neue Herausforderungen haben?

Sie klagen, wir sollen an die nächste Generation denken. – Genau das tun wir. Wenn wir uns jetzt wehrpolitisch nicht korrekt aufstellen, wenn wir jetzt nicht richtig die Weichen stellen – immer mit Blick auf Russland, und das ist Ihnen ja bestens bekannt –, dann hat die nächste Generation in diesem Land überhaupt keine Chance. Dann brauchen wir nicht darüber nachzudenken, ob das wirtschaftlich ist, dann gibt es nämlich keine nächste Generation. An einem solchen Punkt sind wir mittlerweile angelangt, und darum ist es für mich äußerst irritierend, wie Sie hier manövrieren, von einem Punkt zum anderen, nur um nicht klar Farbe bekennen zu müssen. Herr Arnold, das ist Ihnen aber schon bewusst?

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Arnold.

Dieter Arnold (AfD): Zu Ihrer Information: Sie haben Ihren eigenen Antrag gelesen. Sie haben auch zugehört, was ich Ihnen gesagt habe. Wenn ich Ihnen das jetzt erklären müsste, dann wäre das fast so, wie wenn ich im Juli einen Schlittschuhläufer aus dem Wasser ziehe und anfangs, den zu reanimieren. Es tut mir leid, aber Sie müssen einfach ein bisschen besser aufpassen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage nach der Verteidigungsbereitschaft unserer Bundeswehr und Europas ist drängender denn je. Angesichts der geopolitischen Entwicklungen dürfen wir uns keine Illusionen machen. Unsere Verteidigungsfähigkeit muss gestärkt werden.

Die zentralen Herausforderungen der Bundeswehr sind bekannt:

Erstens kämpfen wir mit erheblichen Ausrüstungs- und Materialmängeln. Die Ausrüstung ist veraltet, die Wartungskapazitäten sind unzureichend. Es mangelt an Munition und Ersatzteilen.

Zweitens sehen wir uns mit langwierigen Bürokratie- und Beschaffungsprozessen konfrontiert, die jede Modernisierung behindern.

Schließlich stellt uns die rasante Entwicklung im Bereich der Cyberbedrohungen und hybriden Kriegsführung vor neue Herausforderungen, auf die wir besser vorbereitet sein müssen.

Wir müssen nun vor allem unsere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern intensivieren. Gleichzeitig ist es dringend notwendig, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, auch in anderen Teilen Europas. Das NATO-Ziel von 2 % wird von einer Reihe von Staaten noch gerissen.

Ein weiterer Schlüssel liegt in der Verbesserung unserer strategischen Autonomie. Wir müssen eigene Kapazitäten aufbauen, sei es im Bereich der Luftabwehr, der Cyberabwehr oder bei der Entwicklung moderner Technologien. Dazu gehört auch, unsere Logistik und Infrastruktur für eine schnelle militärische Mobilität innerhalb Europas zu optimieren.

Wir freuen uns, dass es der deutschen Sozialdemokratie am gestrigen Tag im Deutschen Bundestag gelungen ist, gegen den ursprünglichen Widerstand von Konservativen, Liberalen, Nationalisten und Links-Rechts-Populisten im deutschen Parlament die Finanzgrundlagen für ein Milliardenpaket zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft in Deutschland durchzusetzen.

Nun wird auch mit dem heutigen Antrag die Wiedereinführung der Wehrpflicht als eine mögliche Lösung in den Raum gestellt. Ich denke, die zukünftigen Koalitionäre werden diese Frage in Berlin sehr intensiv erörtern. Wir bleiben skeptisch; denn wir sagen: Die

Wehrpflicht ist mit erheblichen Kosten verbunden. Die Ausbildung, Versorgung und Bezahlung einer großen Anzahl von Wehrdienstleistenden würde Milliardenbeträge verschlingen, Geld, das anderer Stelle dringend benötigt wird. Außerdem ist die Ausbildung von Wehrpflichtigen durchaus ineffizient. Ein kurzer Wehrdienst mag für die Grundausbildung genügen, aber er bringt wenig Mehrwert für spezialisierte Aufgaben, zum Beispiel in der Cyberabwehr oder im Bereich hochentwickelter Waffensysteme. Hinzu kommt die demografische Realität: Niedrige Geburtenraten bedeuten einen geringen Pool potenzieller Wehrdienstleistender, einen Pool, der immer kleiner wird; und die Frage der Wehrgerechtigkeit ist noch nicht positiv beantwortet.

Stattdessen sagen wir: Wir müssen in eine moderne, schlagkräftige und professionelle Armee investieren, die technologisch auf der Höhe der Zeit ist.

Die gute Nachricht des gestrigen Tages ist: Konservative und Sozialdemokraten gehen Hand in Hand, wenn es darum geht, die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes zu erhöhen. Wir sind uns unserer gemeinsamen Verantwortung bewusst. Wir werden unserer gemeinsamen Verantwortung auch gerecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die bayerische Sozialdemokratie ist auch für den Freistaat Bayern zur Gesamtverantwortung bereit; denn Bayern kann es besser, als wir in den letzten Tagen irritiert beobachten mussten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Lieber rot als tot" – das war das Motto der sogenannten Friedensbewegung der Achtzigerjahre. Wir haben damals gesagt: "Weder rot noch tot". Heute heißt das Motto: "Lieber rot!" – von einer sogenannten AfD, dem BSW und einer Linken. Ihr biedert

euch in unappetitlicher Art und Weise einem postkommunistischen Diktator, Wladimir Putin, an, der sich in der direkten Nachfolge von Josef Stalin sieht, dem zweit-schlimmsten Schlächter des 20. Jahrhunderts, einem Mann, der sagt: Das schlimmste Ereignis des letzten Jahrhunderts war nicht etwa der Erste oder der Zweite Weltkrieg, sondern der Zerfall der Sowjetunion.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Und ihr sagt: Wir wollen nach Moskau.

(Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die reale Bedrohungslage.

Ich interpretiere jetzt den Kollegen Fackler, als er "von rechts und links" sprach, so, dass er nicht die GRÜNEN und die SPD, sondern selbstverständlich Die Linke und das BSW gemeint hat. Diese Irrlichter gibt es hier im Bayerischen Landtag Gott sei Dank nur auf einer Seite und nicht auf zwei Seiten.

Ich möchte das Folgende an dieser Stelle ganz deutlich als Kompliment formulieren. Ich weiß, dass es den GRÜNEN nicht leichtgefallen ist, aus dieser Ecke herauszukommen. Aber die GRÜNEN sind heute sicherheitspolitische Realisten und stehen fest an unserer Seite. Das ist eine Partei, die verantwortungsbewusst handelt und sich nicht, wie Sie, einem kommunistischen Schlächter andient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was sind die Konsequenzen? – Die Konsequenzen sind erstens ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr und/oder die Einführung der Wehrpflicht. Zweitens. Wir brauchen eine echte Verbesserung im Bereich der Ausrüstung und der Waffen. Da müssen wir auch unabhängig werden. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir haben hier erhebliche Defizite.

Wir haben momentan Verträge mit den Vereinigten Staaten über Rüstungsprojekte, die mir große Sorgen machen. Ich gehe nicht so weit, Herr Kollege Fackler, dass ich Donald Trump keine zweite Chance geben möchte. Momentan ist es sehr irritierend, was wir da hören. Das heißt, dass wir jetzt die gemeinsamen Beschaffungen, die wir vorhaben, auf den Prüfstand stellen und möglicherweise auch nachverhandeln müssen.

Der Einsatz der F-35 ist an die Zustimmung der Amerikaner konditioniert. Wir haben nicht die Möglichkeit, diese Flugzeuge einzusetzen, wenn die Amerikaner Nein sagen. Das kann nicht sein. Wir müssen zumindest schauen, ob da nicht Nachverhandlungen erforderlich sind. Ich habe, ehrlich gesagt, nicht ganz verstanden, dass man die F-35 in den Vordergrund rückte, wo man doch an FCAS – die Vereinbarung stammt aus dem Jahr 2019 – mit Frankreich und Spanien arbeitet. FCAS war für 2040 geplant. Man könnte möglicherweise auch den Tornado noch einige Zeit länger fliegen lassen.

Ich will nicht zu sehr in die Details gehen, aber doch sagen, dass wir hier in Bayern einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands leisten können. Ein Drittel der wehrtechnischen Industrie Deutschlands ist in Bayern. Es gab neulich einen Gipfel im bayerischen Wirtschaftsministerium mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Dieser Gipfel war nicht nur sehr gut besucht, sondern brachte auch gute Ergebnisse. Hubert Aiwanger, Florian Herrmann und auch meine Wenigkeit haben daran teilgenommen. Ich glaube, dass wir hier in Bayern einen Schlüssel für die Sicherheit unseres Landes in der Hand haben. Dieser Schlüssel wird auch künftig bedient werden.

Herzlichen Dank für den gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner. Den GRÜNEN-Antrag werden wir ablehnen. Warum? Darin steht zwar das Zwei-Prozent-Ziel, das auch wir fordern. Aber ihr, Herr Kollege, hättet es im Bund in der Hand gehabt, das in das Grundgesetz zu schreiben. Deswegen ist der Antrag scheinheilig und wird abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt drei Zwischenbemerkungen. – Für die erste erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, AfD-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN, ich muss es Ihnen ganz deutlich und offen sagen: Ich bin schockiert über Ihre Kriegsrhetorik, über die Kriegsbegeisterung, die in Ihrer Rede mitschwang, auch in der schwarz-gelben Koalition; denn auch Ihr Kollege Fackler hat eben schon aufgerüstet. Er hat ganz offen von "unseren Feinden" und von "drei Fronten" gesprochen. Sie als FREIE WÄHLER sind ja zusammen mit der CSU in der Koalition. Insofern würde mich interessieren: Wer sind diese Feinde, die wir mittlerweile in Deutschland haben? Sehen auch Sie Deutschland schon jetzt in einem Dreifrontenkrieg? Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Wer ist dafür verantwortlich?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich befinden wir uns bereits in einer Vorstufe des Krieges. Russland greift bereits jetzt unsere Cyberinfrastruktur an. Wenn Sie das nicht erkennen wollen, dann ist das bitter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

In den Achtzigerjahren haben wir den Kommunismus besiegt. Und warum? – Weil Ronald Reagan und der Westen massiv aufgerüstet haben. Der NATO-Doppelbeschluss war der Schlüssel zur Befreiung Osteuropas und der Sowjetunion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig so! – Christoph Maier (AfD): Zwei Fronten fehlen noch!)

Jetzt laufen wir Gefahr, dass genau das Gegenteil passiert. Russland ist in Kriegswirtschaft, und Menschen wie Sie – nehmen Sie es mir nicht übel – träumen so dahin. Aber Sie sind ja bald im Bundestag. Vielleicht wird Ihnen dort das eine oder andere Licht aufgehen. – Sie schütteln den Kopf. Ich weiß, Ihr Herz schlägt links, rot und in Moskau.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, Sie haben eine Minute für die Antwort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber das ist nicht unsere Art der Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung hat der Kollege Markus Rinderspacher, SPD-Fraktion, das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Lieber Herr Pohl, ich verstehe, dass Sie heute eine ganz andere Rede halten, als es von den FREIEN WÄHLERN noch am letzten Wochenende verlautbart wurde. Der Deutsche Bundestag hat gestern eine wichtige Weichenstellung vorgenommen und Milliardeninvestitionen in die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik ermöglicht. Aus Ihrer Fraktion war noch vor wenigen Tagen zu hören: Wir sind da nicht mit dabei. Wir halten das für falsch. Wir halten das nicht für notwendig. Auf keinen Fall, unter keinen Umständen. – Innerhalb von 48 Stunden haben Sie sich dann besonnen.

Warum haben Sie sich eigentlich so schwergetan? Warum dieser Kurswechsel? Warum waren Sie ursprünglich gegen das Milliardenpaket, von dem auch der Freistaat Bayern profitiert? Sind Sie mit mir der Meinung, dass Bayern in den unsicheren Zeiten, die Sie beschrieben haben, eigentlich eine Regierung der Stetigkeit, der Zuverlässigkeit, der Berechenbarkeit und der Stabilität bräuchte? Sind Sie mit mir der Meinung, dass gerade Ihre Fraktion in beispielloser Weise die Regierungsunfähigkeit unter Beweis gestellt hat? Ich finde, Bayern hat Besseres verdient. Bayern kann es besser.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der kurze Traum vom Mitregieren ist ausgeträumt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Kollege Rinderspacher, wenn Sie mir in der Aktuellen Stunde am letzten Dienstag zugehört hätten: Da habe ich genau das Gleiche gesagt, was ich heute sage.

Selbstverständlich ist der Bereich der Bundeswehr, der Bündnis- und Landesverteidigung unstrittig. Über die Frage, ob Sondervermögen oder eine Ausnahme von der Schuldenbremse, kann man debattieren. Das habe ich in der letzten Woche gesagt. Das war nie strittig bei uns.

Wir hatten ein Problem mit dem 500-Milliarden-Sondervermögen. Das haben wir deutlich artikuliert. Deswegen haben wir am letzten Mittwoch gesagt: zu diesem Zeitpunkt in der Form nicht zustimmungsfähig. – Leider ist es im Paket geblieben. Wenn man eine Gesamtabwägung treffen muss, dann muss man sich für so oder so entscheiden. Natürlich – das habe ich vorhin auch gesagt –: Die Sicherheit unseres Landes geht vor fiskalischen Notwendigkeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, zunächst einmal herzlichen Dank für die Anerkennung der Realitäten hinsichtlich der Positionierung meiner Fraktion oder auch der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, was das Thema der staatspolitischen Verantwortung und Sicherheit angeht. Die Debatte letzter Woche ist schon angesprochen worden. Wir waren uns letzte Woche nicht ganz einig, aber relativ nahe beieinander. Danach ist verhandelt worden. Die Verhandlungserfolge der einzelnen Parteien sind unterschiedlich.

Ich hätte eine Frage bezüglich unseres Antrags, der fordert, mittelfristig die Sicherheit mit 2 % des BIP aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. – Das ist doch ein gemeinsames Ziel. Der Antrag fordert, das Beschaffungswesen effizienter zu machen. – Das ist doch ein gemeinsames Ziel. Und er fordert, europäisch zu denken, um unseren Kontinent verteidigen zu können, wenn es notwendig ist. – Das sind doch die drei Punkte, die auch die FREIEN WÄHLER teilen. Da müsste ich doch jetzt eigentlich auf Zustimmung bei Ihnen treffen, wenn Sie konsistent bei Ihrer Meinung bleiben.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie da vielleicht noch umschwenken könnten. Das gelingt doch gelegentlich, wenn man ernsthafte Verhandlungen führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Becher, wenn eure Truppe in Berlin konsequenter verhandelt hätte, dann hätte sie dieses Zwei-Prozent-Ziel relativ leicht in die Grundgesetzänderung hineinverhandeln können; dann wären wir einig gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber in Berlin kurz zu springen und dann von uns zu verlangen, lang zu springen, ist tatsächlich scheinheilig.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Lieber Kollege Becher, auch wenn man sich in den Zielen einig ist, ist es schon ein bisschen koboldesk, einen solchen Antrag zu stellen, sage ich einmal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

Hierzu werden die Anträge wieder getrennt und die Mäuler geschlossen gehalten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/5831 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/5839 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen! – SPD-Fraktion. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.